

Kamp-Lintfort, den 4.04.06

FDP im Rat der Stadt Kamp-Lintfort

Rede zum Haushaltsentwurf 2006

Der 1. Entwurf des Haushaltes für 2006 bescherte uns ein Defizit von rund 13,8 Mill. €. Wenn auch durch einige von der Verwaltung nicht beeinflussbare Veränderungen nun noch rund 12,2 Mio. € übrig lassen, (Siehe §1 der Haushaltsatzung), so bleiben uns die Aufsicht der nächst höheren Institutionen und das Haushalts sicherungskonzept weiterhin nicht erspart.

Die Gesamtverschuldung von fast 37,9 Mio. €, auf den einzelnen Bürger gerechnet mit 953,43 €, wird uns noch sehr lange beschäftigen, abgesehen von den in den nächsten Jahren zu erwartenden Verschlechterungen. So kann es nur ein kleiner Trost (wenn überhaupt) sein, dass die Prokopfverschuldung von Kamp-Lintfort noch unter dem Mittelwert der kreisangehörigen Gemeinden von 995,38 € liegt.

Die von der nun angetretenen Landesregierung angestrebte Reduzierung des Haushaltes und der Verringerung der bis jetzt angehäuften Verschuldung durch die vorherige Regierung bringen notgedrungen zusätzliche Belastungen. Diese Kürzungen sind aber für alle bindend. Die durch die Schuldenbewältigung bedingten Kürzungen an Landesmitteln können folglich nicht der jetzigen Regierung angelastet werden. Wer solche Anmerkungen verkündet, versucht von eigenen Fehlern abzulenken. Es ist natürlich sehr schwer, diese Problematik dem Bürger zu erklären, da man ja nur mit großem Unwillen zurückzustecken bereit ist.

So bleibt dem letzten in der Kette, den Kommunen, keine andere Wahl, bei freiwilligen Leistungen nach sorgfältiger Prüfung Abstriche zu machen, und Einsparmöglichkeiten in allen Bereichen zu suchen und zu nutzen.

Die Verschuldung der Landesregierung bis in die Kommunen hinein müssen nicht nur wir, sondern besonders unsere Kinder tragen.

Die FDP fordert daher entschieden mehr Anstrengungen bei der Reduzierung der Kosten in grundsätzlich allen Bereichen. Wenn auch in einigen Ausgabepositionen kaum Einsparmöglichkeiten oder sogar keine zu erkennen sind, so ergeben sich doch in etlichen Posten Reduzierungsmöglichkeiten.

Wir haben gerade am Freitag der vergangenen Woche während des Sportforums erfahren, dass im Sportbereich der Stadt Kamp-Lintfort erheblicher Bedarf an Verbesserungen besteht.

Die Forderungen der einzelnen Institutionen waren enorm. Trotz der Verständlichkeit muss aber eindeutig klar gemacht werden, dass bei dieser sehr hohen Verschuldung des Haushaltes kaum Möglichkeiten der Verwirklichung bestehen, und in den kommenden Jahren höchstwahrscheinlich noch weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen. Die Sparmaßnahmen sind konsequent in allen Bereichen durchzuführen, um endlich die hohe Verschuldung in den Griff zu bekommen. Ich kann hier nur wenige Beispiele aufzeigen.

Es kann z.B. durch die Ausschreibung von Versicherungen für Kfz. und Gebäuden, wohlmöglich noch über einen an den Einsparungen beteiligten Makler etliches gespart werden. Ebenso lassen sich auf dem Energiesektor, im Telekommunikationsbereich und im Einkauf von Büromaterial Einsparungen erzielen

oder durch Kooperation mit anderen Gemeinden. So können bei den einzelnen Produkten zwar keine enormen Beträge eingespart werden, aber diese Einzelposten ergeben doch eine erhebliche Gesamtsumme. Die für die Verwaltung angeschafften Fahrzeuge können zukünftig durch Leasing und durch Werbeschriften beträchtliche Summen einbringen. (ein Beispiel sei hier die Polizei mit ihren Dienstfahrzeugen). Die Fahrzeuge können auch durchaus etwas kleiner ausfallen.

Aber ein gewaltiger Betrag ist für die Sanierung ostdeutscher Städte in Form von Fond für die Deutsche Einheit und zusätzlich dem Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit aufzubringen.

Die FDP ist genau wie jede andere Partei und jedem Bürger über die Wiedervereinigung sehr froh. Aber solche Vorgehensweise, wie sie in Dresden geschehen ist, wird garantiert nicht der Sinn dieses Fonds gewesen sein. Eine solche Methode der Entschuldung würden sich auch viele andere Städte wünschen. In vielen Kommunen in Westdeutschland finden wir wesentlich schlechtere Zustände der öffentlichen Einrichtungen, als in den bis aufs letzte gestylten Kommunen in Ostdeutschland.

So erwarte ich von unserem Bürgermeister (auch im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Düsseldorf des Städte- und Gemeindebundes NRW), dass er sich um eine Initiative dieses Gremiums bemüht, die Grundlagen des Fonds der Deutschen Einheit von der Bundesregierung überdenken zu lassen und gegebenenfalls anteilmäßig die Geldbeträge der westdeutschen Kommunen von Dresden zurückzufordern. Einige Städte in NRW haben noch weitergehende Entschlüsse gefasst. Jährlich werden ca. 2,58 Milliarden € aus den alten Bundesländern für den Solidarpakt II gen Osten geschickt, an denen die Kommunen mit 40% beteiligt sind.

Im Kreis Wesel hat sich die FDP mit dem Kreisfraktionsvorsitzendem „und seiner Horde“ (so die Bezeichnung des Herrn Schneider, dem Kulturpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion) leider vergeblich bemüht anhand konkreter Zahlenbeispiele den Kreishaushalt so zu reduzieren, dass eine Erhöhung der Kreisumlage zu umgehen gewesen wäre. Die Vorschläge wurden von der Kreisverwaltung für uns unverständlich abgelehnt. Die jetzige, wenn auch etwas geringer ausgefallene Erhöhung belastet die Haushalte der Kommunen jedoch zusätzlich. Da kann es doch wohl nicht sein, dass die Reduzierung des städtischen Zuschusses um 10.000 € für das kulturelle Zentrum Kloster Kamp bedingt durch die dramatische Kassenlage und den Auflagen des Haushaltsicherungskonzeptes nun durch den Kreis ausgeglichen werden sollte (so lautet die Begründung im Antrag an den Kreis).

Da Ihnen, Herr Schneider, als kulturpolitischer Sprecher Ihrer Partei die Sachlage wohl genau bekannt war, fand ich Ihren Leserbrief mit der vorgenannten Verunglimpfung der FDP-Kreistagsfraktion mehr als populistisch und vor allen Dingen mehr als aus der untersten Schublade gegriffen. Ich glaube, dass Ihnen als Mitglied des Volkshochschulbeirates dort einige Seminare bezüglich der gesitteten Ausdrucksweise gut getan hätten.

Um aber trotz der miserablen Finanzlage nicht dem Bürger in Kamp-Lintfort das Wohnen und Leben zu verleiden, ist es mehr als an der Zeit, ein angenehmeres Umfeld zu bieten. Wir haben in den Stadtmarketing-Veranstaltungen und letztlich im Konzept viele Verbesserungen aufgezeichnet bekommen. Es wird Zeit, dass sie dem Bürger nun erbracht werden. In den Gesprächen haben wir einen Verbindungsweg vom Kloster in die Stadt geplant, der als Kulturpfad nun zum Wandelweg abgespeckt wurde. Doch wo ist die Weiterführung aus dem Stephanswäldchen? Das Geld dazu ist doch für einige Abschnitte schon bereitgestellt.

Jetzt wird hoffentlich der "Prinzenplatz" sein neues Aussehen zur Mitte des Jahres bekommen.

Unsere Befürchtung, dass der mittlerweile stark angestiegene Verkehr von der Friedrich-Heinrich –Allee zur weiterführenden Moerser Strasse ein erheblicher Störfaktor sein wird, hat sich allerdings seit der Einführung der Autobahnmaut verhärtet. Der Lkw-Verkehr von der B 510 über die Prinzenstrasse, Querspange zur Friedrich-Heinrich-Allee und in entgegengesetzter Richtung wird für die anderen Verkehrsteilnehmer gefährlich werden. Ein solcher Schwerverkehr muss aus der Innenstadt herausgehalten werden. Die Umgehungsmöglichkeiten werden nach der Fertigstellung des 1. Bauabschnittes der Bundesstrasse 528 bis zur Friedrich-Heinrich- Allee hoffentlich verbessert sein.

Die vollständige Bebauung des Bereiches Sonnenblume verzögert sich Zusehens. Die Bauherren haben dort mit erheblichen Schwierigkeiten der Bodenverhältnisse zu kämpfen.

So hoffe ich trotzdem auf einen zügigen Ausbau der Konradstrasse. Auch hierfür sind schon Beträge im Haushalt vorgesehen. Von den hiesigen Autowerkstätten müssten eigentlich Benutzungsgebühren für diese Achsenteststrecke verlangt werden.

Aber solange in Berlin von den Bundesregierungen jährlich Millionen Euro unnötig ausgegeben, ja teilweise nutzlos verschleudert werden, ist dem Bürger hier am Ort sehr schwer zu vermitteln, dass die Kassen leerer als leer sind.

Da wir Alle hier im Rat die Verantwortung für die Verschuldung mit zu tragen haben, müssen wir folglich auch mehr Anstrengungen aufbringen sie zu reduzieren.

Die FDP kann daher diesem Entwurf des Haushaltes 2006 keine Zustimmung geben. Dem Kämmerer möchte ich aber dennoch mit seinem Gremium für die Arbeit recht herzlich danken

Für die FDP im Rat

Manfred Schube